

Neuer Mix beim Klimaschutz

Emissionshandel. Die EU will dafür sorgen, dass Kraftfahrzeuge weniger CO₂ ausstoßen. Bislang setzt Brüssel auf schärfere CO₂-Grenzwerte für Pkws und leichte Nutzfahrzeuge. Dieser Ansatz weist aber einige Schwächen auf und sollte allenfalls langfristig weiterverfolgt werden. Die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel könnte dagegen kurzfristig eine sinnvolle Ergänzung sein.

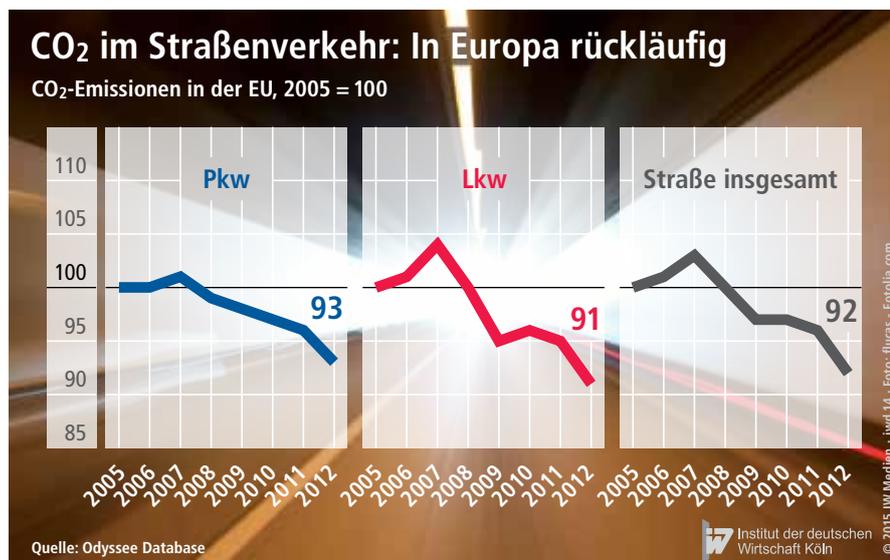
Die Europäische Union hat sich ein Ziel gesetzt: Sie strebt an, dass die Kohlendioxidemissionen des Straßenverkehrs im Jahr 2050 rund 60 Prozent niedriger sind als im Jahr 1990, das als Vergleichszeitpunkt

dient. Für den Zeitraum 2005 bis 2020 wird ein Minus von 10 Prozent angepeilt, bis 2030 sollen es 30 Prozent weniger sein. Daran gemessen befindet sich der Straßenverkehr durchaus auf Kurs (Grafik).

Dass in der EU Personen- und Lastkraftwagen heutzutage klimafreundlicher unterwegs sind als früher, hat mehrere Gründe: Zum einen ist der Lkw-Verkehr aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche in großen Teilen der EU zurückgegangen – wo nicht gefahren wird, entsteht auch kein CO₂. Aber auch hohe Kraftstoffpreise und die Einführung von CO₂-Emissionsgrenzwerten für Fahrzeuge haben ihre Spuren hinterlassen, da sie den Trend zu verbrauchsärmeren Pkws befeuern. Die Grenzwerte sind zudem gerade deutlich verschärft worden:

Die Hersteller, die Fahrzeuge in der EU verkaufen, sind verpflichtet, die Emissionen der Neuwagenflotten bis zum Jahr 2021 von 130 Gramm CO₂ pro Kilometer auf 95 Gramm zu senken.

Das sind die schärfsten Grenzwerte der Welt. Mehr geht zwar immer, aber die Kosten für entsprechende technische Lösungen steigen exponentiell zu jedem Gramm eingespartem CO₂. So investieren die Hersteller größerer Fahrzeuge →



Inhalt

Wechselkurse. Um den Euro-Wechselkurs der Krone zu halten, muss die Dänische Zentralbank in großem Umfang Devisen kaufen.
Seite 3

Pflege. Immer mehr Berufstätige sind mit dem Job und der Pflege von Familienmitgliedern doppelt belastet.
Seite 4

Pflegeheime. Damit es künftig genug Heimplätze gibt, müssen die Bundesländer stärker auf private Anbieter setzen.
Seite 5

Duale Berufsausbildung. Im Jahr 2014 hatte fast jeder dritte Azubi das Abitur.
Seite 6

Ernährungsindustrie. Eine neue EU-Verordnung soll für mehr Transparenz auf den Verpackungen von Lebensmitteln sorgen.
Seite 7

Motorradbranche. Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder ist zuletzt wieder gestiegen.
Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 Präsident:
 Arndt Günter Kirchoff
 Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ derzeit in die Elektrifizierung der Antriebsstränge – das verteuert aber jedes Fahrzeug um mehrere Tausend Euro. Am Ende sind solche Modelle kaum noch erschwinglich.

Schon heute ist die Vermeidung von Kohlendioxidemissionen im Straßenverkehr vergleichsweise teuer. Pro Tonne CO₂, die durch effizientere Fahrzeugtechnik vermieden wird, fallen derzeit Kosten von bis zu 250 Euro an. Wenn weiter technisch aufgerüstet wird, ist im Jahr 2021 mit Kosten von 400 Euro pro Tonne zu rechnen (Grafik).

Volkswirtschaftlich gesehen wäre es günstiger, in anderen Wirtschaftszweigen CO₂ einzusparen. Wenn etwa eine alte Heizung durch eine neue ersetzt wird, können die Umstellungskosten pro Tonne Kohlendioxid nur 15 Euro betragen. Mit weniger Geld kann also mehr erreicht werden. Und dem Klima ist es letztlich egal, wo Kohlendioxid eingespart wird.

Außerdem dürften die monetären Schäden, die der Ausstoß von einer Tonne CO₂ verursacht, wesentlich geringer sein als jene Kosten, die der

Verkehr schultern muss, um Kohlendioxidemissionen zu vermeiden.

Der derzeitige Regulierungsansatz, über Grenzwerte den CO₂-Ausstoß zu mindern, ist aber nicht nur finanziell ausgereizt, er hat auch einige systemische Schwächen:

Praxisferne. Die Emissionen werden in einem normierten Test gemessen. Egal wie der Test gestaltet wird, er kann die Realität nur begrenzt abbilden. Es wird mithin nur ein Potenzial gemessen. Außerdem werden die Emissionen nicht zuletzt durch den individuellen Fahrstil und die gefahrenen Kilometer bestimmt.

Schwere Lkws bleiben außen vor. Lastwagen verursachen etwa 40 Prozent der Emissionen im Straßenverkehr. Bislang ist es aber nicht gelungen, sinnvolle Grenzwerte für schwere Lkws zu formulieren.

Ein Weg, dies zu ändern, wäre die Einbeziehung der Kraftstoffproduzenten in den europäischen Emissionshandel (Kasten). Die Kosten für Zertifikate könnten an der Tankstelle auf den Spritpreis aufgeschlagen werden. Aus Sicht der Autofahrer wären diese Kosten überschaubar:

Emissionshandel

Bislang sind nur die Betreiber von Kraftwerken und Industrieanlagen verpflichtet, für jede Tonne CO₂-Ausstoß beim Umweltbundesamt einen Berechtigungsschein zu erwerben. Wer durch technische Maßnahmen letztlich umweltfreundlicher produzieren kann als ursprünglich erwartet, darf seine überzähligen Emissionszertifikate weiterverkaufen.

Dieses System sorgt dafür, dass CO₂ immer dort eingespart wird, wo dies am wenigsten kostet. Die Gesamtzahl der Zertifikate ist europaweit gedeckelt. Dadurch ist garantiert, dass die von der Politik vorgegebenen Klimaschutzziele tatsächlich erreicht werden.

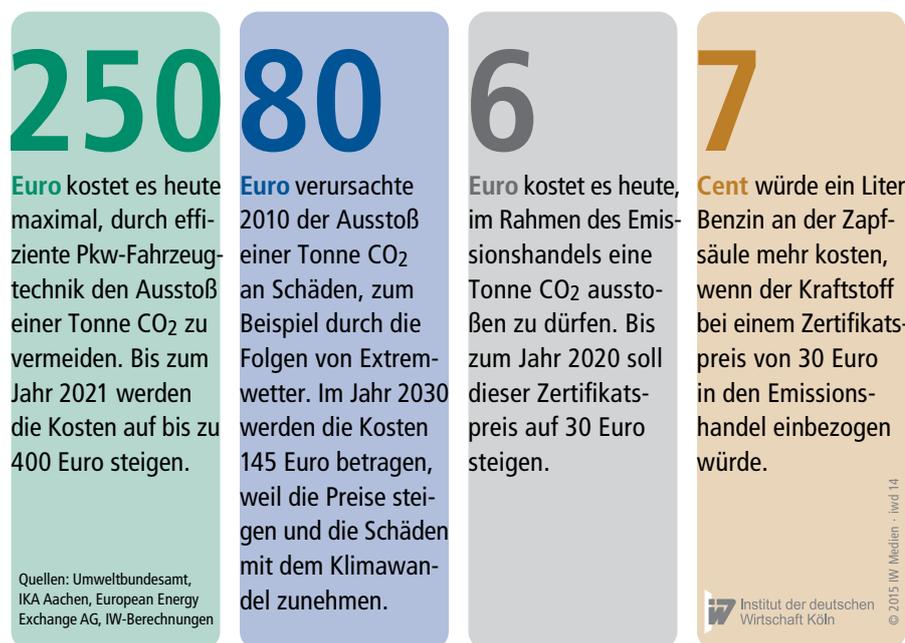
Bei einem zukünftigen Zertifikatspreis von etwa 30 Euro würde ein Liter Benzin um circa 7 Cent teurer.

Auch die Einbeziehung von Lastkraftwagen wäre so kein Problem.

Trotz dieser Vorteile kann der Emissionshandel aber nur eine Ergänzung zur bestehenden Regulierung sein. Langfristig schärfere Grenzwerte sind, wenn neue, preiswertere Technologien als heute zur Verfügung stehen, durchaus akzeptabel, um die Lasten auf die einzelnen Wirtschaftszweige zu verteilen.

Weil der Verkehr nach der Energiewirtschaft der zweitgrößte Emittent von Kohlendioxid ist, könnte es nämlich sein, dass dieser den Markt für Zertifikate durch Zukäufe unter Druck setzt und die Preise enorm steigen. Dann müssten andere Sektoren für ihre Zertifikate mehr zahlen oder sie bekommen im Extremfall nicht mehr genug Berechtigungsscheine.

Am Ende könnte das die Abwanderung von in Europa dringend benötigter industrieller Produktion zur Folge haben.



Dänemark kämpft um seine Kronen

Wechselkurse. Der Euro wertet seit mehr als einem Jahr fast ununterbrochen ab. Deshalb haben jene Länder, die ihre Währung an die Gemeinschaftswährung gebunden haben, große Probleme, den gewünschten Wechselkurs zu halten. Nach der Schweiz trifft es jetzt Dänemark.

In der europäischen Geldpolitik geht es seit geraumer Zeit äußerst turbulent zu. Zuerst hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzinssatz auf nahezu null Prozent gesenkt. Dann wurde beschlossen, dass Banken für ihre Einlagen bei der EZB keine Zinsen mehr bekommen, sondern – ein Novum – seit Juni 2014 Zinsen zahlen müssen.

Und seit März dieses Jahres kaufen die europäischen Notenbanker jeden Monat für bis zu 60 Milliarden Euro Staatsanleihen auf, um die lahrende Wirtschaft im Euroraum anzukurbeln.

All diese Maßnahmen haben nicht nur einen Einfluss auf Inflation und Inflationserwartungen, sondern auch auf den Wechselkurs des Euro:

Allein seit Beginn dieses Jahres hat der Euro gegenüber dem Dollar um fast 15 Prozent abgewertet.

Dieser Abwertungsdruck besteht grundsätzlich gegenüber den meisten anderen Währungen.

Ein besonderes Problem haben allerdings Länder, die ihre Währungen in einem festen Wechselkursystem an den Euro gebunden haben. Denn für sie bedeutet der Kursverfall, dass ihre Notenbanken in großem Stil Euro aufkaufen müssen, damit ihre eigene Währung nicht aufwertet.

Dänemarks Devisenreserven steigen sprunghaft

Devisenbestand der Dänischen Nationalbank in Milliarden Kronen



Die Ersten, die vor diesem Dilemma standen, waren die Schweizer. Weil es für die Eidgenossen immer aufwendiger wurde, den gewünschten Mindestkurs von 1,20 Franken je Euro zu halten, haben sie Anfang des Jahres 2015 die Notbremse gezogen und den Kurs freigegeben (vgl. iw-d 6/2015).

Das wiederum hat Spekulationen entfacht, wonach es die Dänen den Schweizern gleichtun könnten. Doch im Unterschied zur Schweizer Nationalbank betrachtet die Dänische Nationalbank einen festen Wechselkurs traditionell als oberstes Ziel ihrer Geldpolitik.

War die Krone von 1982 bis zur Einführung des Euro fest an die D-Mark gebunden, ist sie heute mit der Gemeinschaftswährung verknüpft: Der Kurs liegt bei 7,46 Kronen je Euro und darf nur in der Bandbreite von mindestens 7,29 bis höchstens 7,63 Kronen schwanken.

Tut er das nicht, muss die Nationalbank mit dem Kauf oder Verkauf von Devisen nachhelfen. Seit der

Schweizer Aufgabe des Mindestkurses im Januar ist genau das passiert. Lag der Devisenbestand der dänischen Notenbank in den vergangenen fünf Jahren bei durchschnittlich 465 Milliarden Euro im Monat, so ist er seit Anfang dieses Jahres sprunghaft gestiegen (Grafik):

Im Januar und Februar 2015 erhöhte die Dänische Nationalbank ihre Devisenreserven um nahezu 60 Prozent auf mehr als 730 Milliarden Kronen.

Dieses milliardenschwere Engagement in Fremdwährungen ist der Preis, den Dänemark zahlt, um eine Aufwertung der Krone zu verhindern – denn das würde nicht nur die dänischen Exporte verteuern, sondern auch den heimischen Tourismus belasten.

Immerhin: Der Dänischen Nationalbank ist es gelungen, mit ihren Interventionen den Wechselkurs tatsächlich auf dem gewünschten Niveau von 7,46 Kronen zu halten. Derzeit kostet ein Euro genau 7,4578 Kronen (Stand: 24. März).

Zweitjob Altenpflege

Pflege. Immer mehr Berufstätige stehen vor der Doppelbelastung aus Job und Pflege von Familienmitgliedern. Das wird auch für die Unternehmen zunehmend ein Problem.

Von den 2,6 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden rund 70 Prozent zu Hause versorgt. Um gut 1,2 Millionen Pflegebedürftige kümmern sich sogar ausschließlich Angehörige – die dafür gegebenenfalls im Job kürzertreten müssen. Und die Zahl derer, die vor der Frage stehen: „Firma oder Familie?“, wird weiter steigen – wie schon in den vergangenen Jahren (Grafik):

Die Zahl der zu Hause betreuten Pflegebedürftigen ist vom Beginn der Pflegestatistik im Jahr 1999 bis 2013 um 29 Prozent gestiegen. Allein in den vergangenen zwei Jahren betrug der Zuwachs 6 Prozent.

Laut Prognose des Statistischen Bundesamts wächst die Zahl der

Pflegebedürftigen insgesamt bis 2030 auf 2,95 bis 3,4 Millionen – und weil die meisten Menschen zu Hause gepflegt werden möchten, muss es auch mehr betreuende Angehörige geben. Hinzu kommt der vielzitierte Pflege-notstand: Ausgebildete Pflegekräfte sind rar, darunter leidet die Qualität der ambulanten wie stationären Versorgung. Ganz abgesehen davon, dass sich viele Familien eine professionelle Betreuung ihrer Angehörigen trotz Pflegeversicherung schlichtweg nicht leisten können.

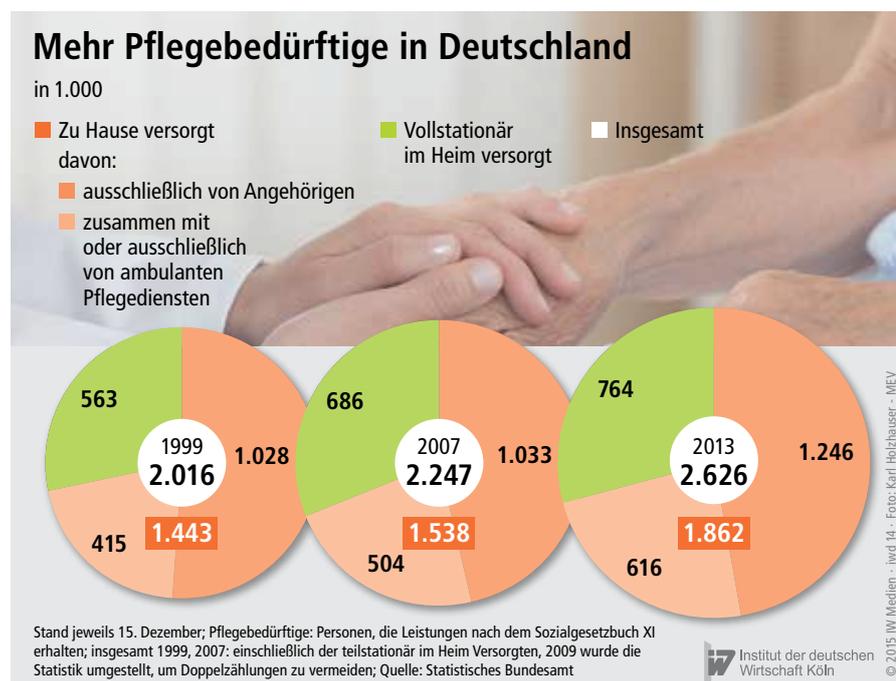
Weil es immer mehr hochbetagte Menschen, in Zukunft aber weniger Erwerbstätige gibt, können pflegebedingte Fehlzeiten von Mitarbeitern für die Unternehmen zu einem riesigen Problem werden. Wie eine Befragung für die Techniker Krankenkasse im Sommer 2014 ergab, waren immerhin 77 Prozent der Pflegenden zwischen 18 und 49 Jahren sowie 61 Prozent der 50- bis 65-Jäh-

rigen vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig. Insgesamt hatte aber jeder dritte Pflegenden seine Arbeitszeit wegen der familiären Herausforderungen reduziert. Denn der Zweitjob Pflege ist sehr anstrengend:

Sechs von zehn Pflegenden geben an, dass die Pflege sie viel von ihrer Kraft koste. Die Hälfte fühlt sich oft körperlich erschöpft und ein gutes Drittel hin- und hergerissen zwischen Pflege und Beruf.

Umso erstaunlicher ist, dass viele Entlastungsangebote nicht genutzt werden, obwohl sie zumindest anteilig von der Pflegeversicherung finanziert würden. So nehmen lediglich 20 beziehungsweise 25 Prozent der Befragten Einrichtungen der Tagespflege mit stundenweiser Betreuung oder Kurzzeitpflege-Möglichkeiten mit vollstationärem Aufenthalt von bis zu 28 Tagen in Anspruch. Nachtpflege-Einrichtungen nutzen sogar nur 7 Prozent. Manche Beratungsangebote, zum Beispiel individuelle Schulungen zu Hause und Kurse in der Gruppe, sind rund der Hälfte der Betroffenen nicht einmal bekannt.

Dabei sind zu Beginn dieses Jahres zwei Gesetze in Kraft getreten – das Pflegestärkungsgesetz I und das Familienpflegezeitgesetz –, die für pflegende Angehörige einige Erleichterungen schaffen sollen. So können Beschäftigte im Notfall bis zu zehn Tage zu Hause bleiben, um die Pflege zu organisieren oder auch selbst einzuspringen. Seit Anfang Januar kann für diese Zeit das Pflegeunterstützungsgeld bei der Pflegeversicherung beantragt werden.



Investieren muss sich lohnen

Pflegeheime. Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland steigt. Damit auch künftig ausreichend Heimplätze zur Verfügung stehen, müssen die Bundesländer mehr private Anbieter ins Boot holen.

Im Jahr 2013 gab es in Deutschland mehr als 740.000 Pflegebedürftige in der sogenannten vollstationären Dauerpflege. Für diese Menschen standen knapp 850.000 Plätze in Pflegeheimen zur Verfügung. Das ist eine Auslastung von fast 90 Prozent – zum Vergleich: Deutschlands Kliniken haben derzeit eine Belegungsquote von lediglich 75 Prozent.

Weil die Bevölkerung bekanntlich altert, wird auch der Pflegebedarf steigen. In welchem Ausmaß, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) anhand von zwei Szenarien berechnet, die sich nach den altersspezifischen Pflegefallrisiken unterscheiden (Grafik):

Im Jahr 2030 werden in Deutschland zwischen 894.000 und 937.000

Steigender Bedarf an Pflegeheimplätzen

Szenario I: Das Pflegefallrisiko bleibt trotz steigender Lebenserwartung in allen Altersgruppen so hoch wie heute

Szenario II: Aufgrund des gesünderen Lebensstils und des medizinischen Fortschritts verschieben sich die altersbezogenen Pflegequoten in höhere Altersgruppen – und die sind wegen der steigenden Lebenserwartung stärker besetzt als heute

	Pflegebedürftige in der vollstationären Dauerpflege		Pflegeheimplätze in der vollstationären Dauerpflege	
2013	743.430		847.705	
	Szenario I	Szenario II	Szenario I	Szenario II
2030	894.000	937.000	931.000	1.042.000

2013: Ist-Zahlen; 2030: IW-Simulation; Pflegeheimplätze 2030: bei einer Auslastung von 90 Prozent
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW-Medien - Iwd 14

Menschen einen Heimplatz in der vollstationären Dauerpflege brauchen. Bei einem Auslastungsgrad von 90 Prozent werden dann zwischen 83.000 und 194.000 zusätzliche Pflegeheimplätze benötigt.

Laut Gesetz sind die Länder für die Pflegeinfrastruktur verantwortlich. Das heißt aber nicht, dass jedes Bundesland alle Pflegeplätze selbst anbieten muss. NRW & Co. setzen vielmehr auch auf private Träger – diese betreiben heute schon mehr als 40 Prozent aller Pflegeheime.

Private Anbieter kommen die Länder sogar günstiger als zum Bei-

spiel freigemeinnützige Träger. Denn Private sind voll steuerpflichtig, bringen also Einnahmen, und müssen mehr privates Kapital akquirieren als ihre freigemeinnützigen Mitbewerber, wenn sie sich am Markt behaupten wollen.

Welche Bedingungen die Betreiber von Pflegediensten und Pflegeheimen erfüllen müssen, ist in den Landesgesetzen und -verordnungen definiert, darunter auch, welche Investitionskosten in welcher Höhe vom Land erstattet werden dürfen.

Die Investition in ein Pflegeheim lohnt sich jedoch nur, wenn sich das eingesetzte Kapital mindestens so gut verzinst wie in einer alternativen Verwendung, zum Beispiel dem Bau eines Studentenwohnheims (Kasten). Dazu müssen auch die unternehmerischen Risiken entgolten werden – dazu zählen beispielsweise unvorhergesehene Reparaturkosten oder zusätzliche Personalkosten infolge einer Grippewelle oder eines Mitarbeiterwechsels.

Gelingt das nicht, werden sich die privaten Kapitalgeber aus dem Pflegemarkt zurückziehen. Einspringen müssen dann die Steuerzahler.

Die Pflegerendite

Wie hoch muss die Rendite sein, damit private Investoren sich in Pflegeheimen engagieren? Eine Beispielrechnung mit aktuellen Zahlen aus NRW für ein Pflegeheim mit 80 Plätzen: Der Investitionsbedarf pro Platz beträgt rund 100.000 Euro, davon wird ein Fünftel aus Eigenmitteln finanziert. Bei einer Auslastung von 90 Prozent, einer durchschnittlichen Verteilung auf die drei Pflegestufen und durchschnittlichen Pflegeentgelten müsste das Heim eine Bruttoumsatzrendite von rund 6 Prozent erwirtschaften, um das eingesetzte Eigenkapital mit etwa 8 Prozent vor Steuern verzinsen zu können. Bei einer 10-prozentigen Eigenkapitalverzinsung müsste die Bruttoumsatzrendite schon 7,6 Prozent betragen.

Das Bundeswirtschaftsministerium empfiehlt jungen Unternehmern, bei der Kalkulation ihrer Absatzpreise einen 10-prozentigen Gewinn- und Wagnisaufschlag auf die Selbstkosten anzusetzen, um am Ende nicht mit leeren Händen dazustehen – das entspricht sogar einer Bruttoumsatzrendite von gut 9 Prozent.

Mit dem Abi in die Lehre

Duale Berufsausbildung. Auch wenn es immer mehr junge Leute an die Universitäten zieht – die berufliche Praxis ist nach wie vor gefragt. Zuletzt absolvierten annähernd 1,5 Millionen Menschen in Deutschland eine duale Berufsausbildung. Fast jeder Dritte von ihnen hatte die Hochschulreife in der Tasche.

Grundsätzlich steht der Weg in die berufliche Bildung allen offen, unabhängig davon, ob er oder sie Abitur hat oder sogar ganz ohne Schulabschluss dasteht. Tatsächlich aber befinden sich die meisten Azubis genau in der Mitte dieser beiden Pole (Grafik):

46 Prozent aller Auszubildenden des Jahres 2014 haben die mittlere Reife.

Weitere 30 Prozent hatten das Abitur oder Fachabitur abgelegt und immerhin knapp jeder vierte startete nach neun Jahren Hauptschule in die berufliche Zukunft.

Große Unterschiede gibt es auch bei der Wahl der Ausbildungsberufe: Abiturienten entscheiden sich in der Regel für andere Berufsbilder als Hauptschüler. So sind die meisten Abiturienten in Ausbildungsberufen der Unternehmensorganisation und der Verwaltung anzutreffen – fast 134.000 tummeln sich unter anderem in Banken, Steuerkanzleien und Versicherungen. Der Abiturientenanteil in diesen Ausbildungsberufen liegt derzeit bei 56 Prozent.

Auch in den Bereichen Naturwissenschaften/Technik und Gesundheit bringen viele Berufsanfänger ein Abitur mit. Das gilt etwa für jeden zweiten angehenden Fachinformatiker und für rund ein Drittel aller Azubis in den Pflegeberufen.

In anderen Ausbildungsberufen sind Abiturienten noch selten anzutreffen. In der Bau- und Gebäudetechnik beispielsweise haben 8 Prozent das (Fach-)Abitur, in Metallberufen 9 Prozent. Dabei bieten gerade

diese Berufe jungen Absolventen gute Perspektiven, sind doch Fachkräfte mit Ausbildungs- oder Meisterabschluss in diesen Branchen Mangelware.

Generell stehen leistungsorientierten Auszubildenden je nach Ausbildungsberuf diverse Zusatzqualifikationen offen. Aktuell gibt es mehr als 2.000 Möglichkeiten, auf die Ausbildung draufzusatteln – ob in vertiefenden Rhetorik- und Präsentationskursen oder betriebswirtschaftlichen Seminaren.

Abiturienten haben zudem die Möglichkeit, ihre Ausbildungszeit zu verkürzen. Sie können die Lehrzeit oftmals bereits nach zweieinhalb statt nach dreieinhalb Jahren abschließen. Manche Ausbildungsberufe sind sogar speziell auf Abiturienten ausgerichtet. Im Rahmen einer Ausbildung zum Kaufmann im Einzelhandel beispielsweise haben sie die Möglichkeit, innerhalb von drei Jahren parallel den IHK-Fortbildungsabschluss Handelsassistent zu machen und danach erste Führungsaufgaben zu übernehmen.

Und der Weg an die Uni steht den Abiturienten ohnehin immer noch offen – etwa in Form eines Vollstudiums nach der Ausbildung. Doch oft gibt es gute Gründe, im Unternehmen zu bleiben und ein berufsbegleitendes Studium zu beginnen. Viele Betriebe bieten darüber hinaus auch ein duales Studium an, das die praktische Ausbildung im Betrieb mit einem Studium verknüpft.

Informationen, wie Unternehmen Abiturienten für eine duale Berufsausbildung gewinnen und nach der Ausbildung binden, finden sich auf: kofa.de



Von der Tütensuppe bis zur Hähnchenkeule

Ernährungsindustrie. Die deutschen Verbraucher leben im sprichwörtlichen Schlaraffenland: Die industrielle Nahrungsmittelproduktion bietet ihnen mehr als 170.000 unterschiedliche Lebensmittel. Seit Mitte Dezember 2014 soll zudem eine neue EU-Verordnung für mehr Transparenz auf den Verpackungen sorgen.

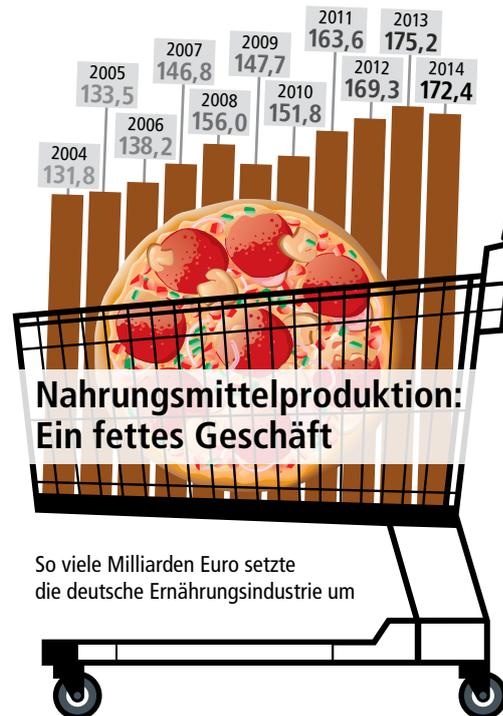
Tiefkühlpizza, Tütensuppe, Tortenguss: Die Erzeugnisse der industriellen Nahrungsmittelproduktion sind aus den allermeisten Haushalten nicht mehr wegzudenken. Verbraucher können in Supermärkten und Discountern regelrecht aus dem Vollen schöpfen: Zu den 170.000 Produkten zählen nicht nur hochautomatisiert hergestellte Fertiggerichte, sondern schlichtweg jedes Lebensmittel, das verarbeitet worden ist – also auch Sprudelwasser, bereits gewaschener und geschnittener Salat oder Hähnchenkeulen.

Die Verbraucher nehmen dieses Warenangebot gerne an (Grafik):

Im Jahr 2014 erzielte die deutsche Ernährungsindustrie einen Umsatz von mehr als 172 Milliarden Euro – zehn Jahre zuvor waren es erst knapp 132 Milliarden Euro.

Der größte Anteil des Umsatzes – knapp 117 Milliarden Euro – entfiel 2014 auf die Nachfrage im Inland. Rund 56 Milliarden Euro setzte die industrielle Nahrungsmittelproduktion im Ausland um, davon annähernd 45 Milliarden Euro in den EU-Ländern.

Mit diesen Verkaufszahlen und mehr als 550.000 Beschäftigten ist



2014: Schätzung; Deutsche Ernährungsindustrie: Betriebe mit mindestens 20 Mitarbeitern
Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 14

die Ernährungsindustrie der viertgrößte Industriezweig Deutschlands. Die rund 5.800 heimischen Unternehmen, die Lebensmittel oder Getränke herstellen oder verarbeiten, sind zumeist kleine oder mittelständische Betriebe – die wenigen deutschen Großkonzerne erzielen gerade einmal 12 Prozent des Branchenumsatzes.

Obwohl die meisten der 80 Millionen Bürger in Deutschland mehr oder minder regelmäßig industriell produzierte Nahrungsmittel einkaufen, hat die Branche ein Imageproblem. Zwar zeigten sich bei einer Umfrage des Bundeslandwirtschaftsministeriums Anfang 2013 rund 91 Prozent der heimischen Verbraucher zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit der Qualität der Lebensmittel. Zugleich gaben aber fast zwei Drittel der Befragten an, dass sie der Lebensmittelindustrie nur wenig oder gar kein Vertrauen entgegenbrächten.

Die Ursache für diese Skepsis sieht das Landwirtschaftsministeri-

um in den Lebensmittelkrisen und -skandalen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Insbesondere der Gammelfleischskandal und die EHEC-Epidemie hatten vielen Verbrauchern den Appetit verdorben.

Für mehr Transparenz soll die Mitte Dezember in Kraft getretene Lebensmittelinformationsverordnung sorgen. Diese EU-Verordnung regelt die Angaben auf Lebensmittelverpackungen: Künftig muss das Verzeichnis der Zutaten auch technisch hergestellte Nanopartikel auflisten, und die Menge bestimmter Zutaten sowie eine Nährwerttabelle müssen ebenfalls angegeben werden. Außerdem müssen allergene Zutaten optisch hervorgehoben werden.

Ganz stringent ist die neue Kennzeichnungspflicht allerdings nicht: Während beim Rindfleisch der Geburtsort des Tieres angegeben werden muss, gilt diese Pflicht bei Schweinen, Hühnern und anderen Tieren nicht. Auch für Milch und Milchprodukte gibt es keine verbindlichen Herkunftsangaben.

Die Kurve gekriegt

Motorradbranche. Nachdem der deutsche Markt für motorisierte Zweiräder lange Jahre den Rückwärtsgang eingelegt hatte, ist die Zahl der Neuzulassungen in jüngster Zeit wieder leicht gestiegen. Größere Maschinen sind sogar deutlich stärker gefragt als noch vor einigen Jahren.

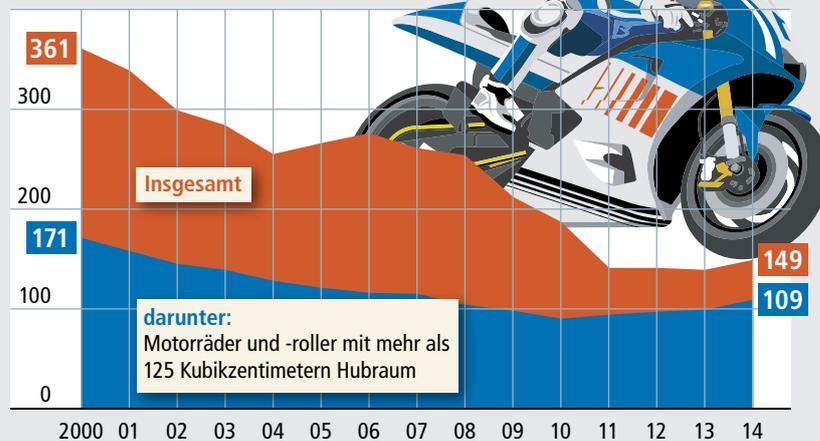
Mit dem Frühlingserwachen tauchen sie wieder auf: seriöse Mittvierziger, die ihr Büro-Outfit gegen die Ledermontur tauschen und mit ihren frisch polierten Choppern, Tourern und Superbikes an den Wochenenden die Landstraßen bevölkern.

Insgesamt waren in Deutschland Anfang dieses Jahres 4,1 Millionen Krafträder zugelassen. Die Nachfrage nach neuen Maschinen ist allerdings seit der Jahrtausendwende fast durchgängig schwächer geworden (Grafik):

Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder sank von 2000 bis 2013 um mehr als 60 Prozent auf knapp

Motorradmarkt wächst wieder

Neuzulassungen von Krafträdern in Deutschland in 1.000



Quellen: Kraftfahrt-Bundesamt, Industrie-Verband Motorrad

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw14

139.000. Erst 2014 gab es wieder einen Anstieg um gut 7 Prozent.

Zum langjährigen Rückgang haben neben dem demografischen Wandel – also der sinkenden Zahl potenzieller junger Nachwuchsfahrer – sicherlich auch gesetzliche Regelungen beigetragen. Denn immer höhere Anforderungen an das Können der Fahrschüler haben den Motorradführerschein stark verteuert.

Dass inzwischen dennoch wieder mehr Krafträder neu zugelassen werden, ist zum einen auf die allgemein gute Konsumlaune zurückzuführen. Zum anderen ersetzen viele langjährige Biker ihre alten Gefährte. Dabei leisten sie sich offenbar gerne größere Maschinen. Die Folge: Die Zahl der neu zugelassenen Mo-

torräder und -roller ab 125 Kubikzentimetern Hubraum steigt schon seit 2010 wieder an.

Bei den Maschinen mit mehr als 1.000 Kubikzentimetern Hubraum gab es 2014 mit 40.200 Neuzulassungen sogar ein Plus von 11 Prozent.

Im Segment oberhalb der 125er-Hubraum-Marke hatte BMW im vergangenen Jahr mit etwa einem Fünftel den größten Marktanteil – gut 20.800 Maschinen verkaufte der deutsche Premiumhersteller hierzulande. Auf Position zwei folgte Honda – allerdings deckten japanische Firmen insgesamt etwa die Hälfte des Marktes ab. Jeweils etwa 10 Prozent Marktanteil erreichten der US-Anbieter Harley-Davidson und die österreichische KTM.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.